

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 4

Artikel: Das Scheitern des Dirigismus
Autor: Keus, Henri Isaac
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DAS SCHEITERN DES DIRIGISMUS

VON HENRI ISAAC KEUS

The job has still to be done.
Prof. Tusten¹⁾

Zwanzig Jahre nach dem Erscheinen von *Keynes General Theory*, die auf die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit — besonders in den sozialistisch regierten Wohlfahrtsstaaten — großen Einfluß ausgeübt hat und noch immer ausübt, wird es immer deutlicher, daß die in diesem Werk vorgeschriebenen *Spielregeln* durch Regierungen und Politiker vernachlässigt werden. Diese Spielregeln wurden unter anderm in einem im Jahre 1949 für die Vereinigten Nationen durch fünf Staatswirtschafter unter Leitung von *Clark* und *Kaldor* erstatteten Rapport festgelegt. Der Rapport gipfelte in der Forderung, daß Maßnahmen zu treffen seien, um die Nachfrage nur bis zu dem Punkte zu stimulieren, bei dem *full employment* gerade aufrecht erhalten werden könne, und eine weitere Steigerung zu vermeiden.

Ein solcher Rat wird auch in dem neuerdings erstatteten OEEC-Bericht erteilt. Es wird dort dringend empfohlen, einer *übermäßigen Nachfrage* entgegenzuwirken, um eine ungezügelte *Inflation* zu vermeiden.

Es ergibt sich nun, daß die beiden Ratschläge, die wir als Spielregeln qualifizierten — genau wie die Gegner des Dirigismus erwartet haben —, die *Achillesferse des Dirigismus* treffen. Die Empfehlung in dem OEEC-Bericht kommt für die meisten westeuropäischen Länder zu spät, denn die übermäßige Nachfrage ist schon da, und eine zur Inflation führende Lohnbewegung droht den Effekt der bereits erfolgten Diskontoerhöhungen zunichte zu machen, weil die Geldzirkulation noch immer zunimmt. Die Maßnahmen zur Preisstabilisierung aber lösen die Tendenz zu übermäßiger Nachfragesteigerung aus, wenn eine neue Lohnwelle zum Durchbruch kommt. Dies wirkt sich zum Nachteil des Exports des betreffenden Landes aus.

In den meisten dirigistisch regierten Ländern wird es denn auch notwendig sein, die Nachfrage zu beschränken, da rechtzeitiges Abbremsen mit milden, vorbeugenden Mitteln — wie z. B. in der Schweiz — versäumt wurde. Aber welche Regierung und welche Politiker werden gewillt sein, oder es wagen, sich zu *unpopulären* Maßnahmen zu entschließen, solange Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch glau-

1) «The Mechanism of Economic Systems.»

ben, daß wir es mit einer normalen Entwicklung und mit einer gesunden Wirtschaft zu tun haben?

Die «full employment»-Befürworter, unter denen sich *Lerner* und *Kaldor* befinden, die vor der gefährlichen Zone des «overemployment» gewarnt haben, nennen keine Mittel, um dieser zu entinnen. Ende 1954 bezeichnete Prof. *Tinbergen* dies als ein vorübergehendes Übel. Aber seither hat das Manko an Arbeitskräften in den *Niederlanden* bedeutend zugenommen. *Kaldor* weist in einer seiner Publikationen darauf hin, daß man in einer solchen Situation die Arbeitskräfte von den weniger bedeutsamen nach den wichtigeren Produktionssektoren leiten sollte, setzt aber gleich hinzu, daß dies praktisch nicht zu verwirklichen sei.

Jetzt werden sich nun die ernstesten Folgen einer übersteigerten Kreditgabe im Zuge einer *Billiggeldpolitik* zeigen, welche zu einer *übersteigerten Lohnentwicklung* bei geringer werdender Arbeitsproduktivität geführt hat.

Die Knappheit an Arbeitskräften hat in einer Situation der Überbeschäftigung zur Inflation führende Lohnsteigerungen hervorgebracht, und die niederländische Regierung und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen verlieren die Kontrolle über die im Ausland zu früh gelobte «gelenkte Lohnpolitik»! Dieser Einfluß, zusammen mit dem inflationären Effekt zu hoch gesteigerter Steuern, welche zur Finanzierung zu hoher Staatsausgaben dienen müssen, und die Absicht, Handel und Gewerbe sogenannten kalt zu sozialisieren, werden auf die Dauer zu einer weiteren Geldentwertung führen müssen, weil man die Preise nicht stabilisieren kann, wenn das Lohnniveau ungehemmt steigt. Wer Lohn sagt, sagt Preis, und umgekehrt, d. h. man bewegt sich fatalistisch in der Vorstellung eines zwangsläufigen Aufschaukelns von Lohn- und Preisniveau.

Die Behörde, von der erwartet werden darf, daß sie in einer Knappheitssituation ein gestörtes Gleichgewicht = Krise erkennt und — falls *dirigistisch* gerichtet — eingreift, versucht — auch mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl —, sich ihrer Verantwortlichkeit zu entziehen. Sie verfügt zwar über ein *Hamstergesetz*, zur Vermeidung von Warenpreissteigerung, aber *der Verknappung des Angebots von Arbeit ist sie nicht gewachsen*; auch schon deswegen nicht, weil sie durch zu hohe Staatsausgaben selbst deren Hauptursache ist. Aber selbst wenn die Zahlungsbilanz, gleich wie in England, sichtlich gefährdet wird und eine konservative Regierung den Mut hat, die bereits übermäßig gestiegene Nachfrage zu beschränken, sehen wir, wie der inflationäre Effekt der Lohnerhöhungen «Bremsen» in «Rutschen» zu verwandeln droht, falls die Einsicht fehlt, daß Inflation der Staatsfeind Nr. 1 ist.

Statt einem leichten Rückgang zuzusteuern, was sich früher bei

noch bestehender Konvertibilität als erfolgreich erwiesen hat, sind wir auf dem Weg, uns bei zunehmender Geldzirkulation in eine Krise hineinzumanövrieren, welche der Dirigismus uns angeblich ersparen sollte.

Sofern die niederländische Regierung Maßnahmen trifft, bevor die Gefahr in den Preisen und der Zahlungsbilanz ersichtlich ist, haben dieselben meistens eine entgegengesetzte Auswirkung, und sie bedrohen die Henne, welche die Eier legen muß (d. h.: die Investitionen).

Die schleichende Inflation, welche Keynes als die Bedingung für full employment akzeptiert hat, wird, wenn ungehemmt, den Beschleunigungsgesetzen folgen und zu einer ungesunden Zunahme des Nationaleinkommens führen, was zu Unrecht als Maßstab für die Wohlfahrt betrachtet wird.

Es stellt sich nun heraus, daß der Dirigismus, mit full employment als wirtschaftspolitischer Zielsetzung, die parlamentarisch-politische Feuerprobe nicht überstehen kann; das Allgemeinwahlrecht hindert die Regierung daran, die richtigen ergänzenden Maßnahmen rechtzeitig zu treffen, weil dieselben in einem System der gelenkten Ökonomie alle politischer Art sind.

Sofern die Maßnahmen theoretisch noch akzeptabel sind, sind sie das in politischer Hinsicht allerdings während einer Hausse bestimmt nicht!

Zur Rückbildung der übersteigerten Situation am Arbeitsmarkt in den Zustand eines zulässigen Beschäftigungsgrades wird also leider eine Krise erforderlich sein, die um so ernster anzuziehen droht, je länger die Übersteigerung bei wachsendem Nationaleinkommen fort-dauert. Dann erleben wir das Scheitern der Konjunkturpolitik des Dirigismus, weil sich die Zentraleitung nicht beschränken kann, was allerdings für eine reelle Konjunkturpolitik eine erste Bedingung ist, und weil es nicht in ihrer Macht steht, das Nationaleinkommen ökonomisch richtig zu verteilen. Die klassischen Ökonomen unter Leitung von *Adam Smith* wußten dies bereits. Ihre Erfahrung mit der dirigistischen Periode des Merkantilismus, welche ihrer Schule vorausging, hatte ihr kritisches Urteil geschärft. Außerdem bestand ein Zusammenhang zwischen ihrer Theorie und einer Lebensanschauung, welche mit der natürlichen Verschiedenheit des Individuums auch seinen allgemeinen Eigenschaften Rechnung trug. Der einzige Mathematiker der liberalen Schule, Alfred Marshall, warnte seine Studenten, mit der Anwendung der Mathematik vorsichtig zu sein, und warnte ferner die Ökonomen, sich selbst am meisten zu mißtrauen, wenn sie zu populären Folgerungen geraten würden. Mit dieser Mahnung war die keynesianische Theorie — ungeachtet ihres Verdienstes in bezug auf die ökonomische Funktion des Verbrau-

ches — schon verurteilt. Es war ihre Popularität, welche nach der Krise von 1929 international alle Parteien um des «full employment» willen in ihre Macht geraten ließ, was erst zu unrichtiger Anwendung, zu Mißbrauch und schließlich zur Vernachlässigung der Spielregeln geführt hat, welche nun einmal für jedes System berücksichtigt werden müssen.

Unglücklicherweise hat die Entwicklung in England und den skandinavischen Ländern die Wiedergewinnung der Konvertibilität, welche die Durchbrechung des Dirigismus bedeuten sollte, wieder in eine ungewisse Zukunft verschoben.

Solange Zentralisation, Konzentration und Integrierung, verbunden mit einer a-demokratischen Diskriminierung individueller Interessen, die Ökonomie beherrschen, als Folge einer makro-ökonomischen mathematischen Lenkungsmethode, welche alle Einzelwesen zu Unrecht gleichstellt, und solange der Mut zur Dezentralisation und Differenzierung fehlt, kommen wir auf dem gewünschten Weg nicht recht vorwärts.

Die Tatsache, daß auch in den Niederlanden bereits seit 15 Jahren Hochkonjunktur herrscht, auf Kosten einer Wertverminderung des Geldes bis zu ungefähr $\frac{1}{3}$ des Vorkriegswertes, ist der deutlichste Beweis für das Scheitern der Keynesianischen Konjunkturpolitik, zumindest in ihrer jetzigen praktischen Anwendung.

Prof. Tinbergen schrieb neulich, daß die sozialistisch regierten skandinavischen Länder es falsch gemacht hätten. Es ist noch zu früh, ein Urteil über die Niederlande auszusprechen, aber es steht wohl fest, daß devisa-reichen und devisa-armen Ländern schließlich das gleiche Schicksal droht, wenn sie von der gleichen Krankheit befallen werden.

Diese Tatsachen sollten für alle Regierungen eine Lehre sein, die aus den wirtschaftspolitischen Fehlern anderer Länder zu lernen bereit sind.